Bericht und Antrag
des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen
an den Kantonsrat
betreffend die Totalrevision des Einführungsgesetzes zu den
Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
und über die Invalidenversicherung

24-146

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen eine Vorlage zur Totalrevision des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung vom 11. April 1994 (EG AHV/IV [SHR 831.100]).

Die Revision ist aufgrund neuer bundesrechtlicher Vorgaben (Modernisierung der Aufsicht), welche per 1. Januar 2024 in Kraft getreten sind, notwendig und angezeigt.

1. Ausgangslage

Per 1. Januar 2024 trat auf Bundesebene die Revision «Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (kurz: MdA)» in Kraft. Betroffen davon ist insbesondere das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (AHVG; SR 831.10). Die Revision bezweckt, die Aufsicht zu modernisieren und sich stärker an möglichen Risiken zu orientieren. Die Governance wird verstärkt und die Informationssysteme der 1. Säule werden zweckmässig gesteuert. Die Aufsicht der Invalidenversicherung (IV) wurde bereits mit der 5. IV-Revision verbessert, weshalb im Rahmen dieser Revision nur wenige Anpassungen notwendig waren.

Art. 61 AHVG schreibt den Kantonen vor, welche Punkte im Zusammenhang mit der kantonalen Ausgleichskasse in einem kantonalen Erlass geregelt sein müssen. Anlässlich der Revision «MdA» erfuhr Art. 61 AHVG einschneidende Änderungen. Diese führen dazu, dass das kantonale EG AHV/IV revidiert werden muss. Zur Verbesserung der Governance gibt das AHVG vor, der kantonalen Ausgleichskasse mehr Unabhängigkeit zu gewähren und sie aus der kantonalen Verwaltung auszugliedern. Dafür ist eine vom Kanton unabhängige Verwaltungskommission als oberstes Organ der Ausgleichskasse zu bestellen. Für die IV wird dieser Grundsatz aufgrund einer Anpassung von Art. 66 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959 (IVG; SR 831.20) sinngemäss gelten. Die Verwaltungskommission ist u.a. für die administrative und personelle Auf-

sicht über die Ausgleichskasse und für die personelle Aufsicht über die IV-Stelle zuständig. Sie beaufsichtigt zudem die vom Kanton der Ausgleichskasse übertragenen Aufgaben. Auf Bundesebene bleibt weiterhin das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) Aufsichtsbehörde. Diese organisatorische Anpassung muss jeder Kanton innerhalb einer Frist von maximal fünf Jahren umsetzen (Abs. 1 der Schlussbestimmungen).

Aktuell bestehen im Bereich der Sozialversicherungen im Kanton Schaffhausen die drei öffentlich-rechtlichen Anstalten AHV-Ausgleichskasse, IV-Stelle und Familienausgleichskasse, die in Personalunion geführt werden. Nachdem die kantonalen Sozialversicherungsanstalten (SVA) bis heute keine bundesrechtliche Grundlage haben, deren Bedeutung und Vorteile heute aber offensichtlich und unbestritten sind, um Synergien zu bündeln, die Kunden- und Wirtschaftsfreundlichkeit zu erhöhen sowie die mitunter schwerfälligen Strukturen zu verschlanken, schaffte der Bund mit der besagten Vorlage nun erstmals eine bundesrechtliche Grundlage dafür, dass eine SVA als einzige selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt errichtet werden kann, der die Ausgleichskasse und IV-Stelle künftig als interne, voneinander fachlich unabhängige Organisationseinheiten (z. B. Abteilungen) angeschlossen werden können und ihrerseits nicht mehr als entsprechende Anstalten organisiert sein müssen. Von dieser Möglichkeit soll auch im Kanton Schaffhausen Gebrauch gemacht werden, was zu einer erheblichen Verschlinkung der Strukturen führt («aus 3 mach 1»).

Der Bundesgesetzgeber schreibt in Art. 61 Abs. 1^{bis} AHVG angesichts der zu verbessernden «Good Governance»-Strukturen vor, dass eine vom Kanton unabhängige Verwaltungskommission als Aufsicht über die SVA einzurichten ist. Dies gilt für diejenigen Bereiche, die nicht ohnehin bereits der direkten Bundesaufsicht unterstehen (also z. B. für die administrative und personelle Aufsicht über die Ausgleichskasse sowie die personelle Aufsicht über die IV-Stelle), insbesondere in Verwaltungsangelegenheiten und bei Aufgaben, die der Kanton der SVA übertragen hat. Die Verwaltungskommission soll nach neuer Bundesvorgabe also die Aufsicht namentlich dort ausüben, wo diese bisher das Departement des Innern bzw. der Regierungsrat wahrgenommen hat. Im kantonalen Einführungsgesetz ist daher eine solche Verwaltungskommission als Aufsichtsorgan vorzusehen, ebenso sind ihre Grösse, Zusammensetzung, Wahl und Aufgaben sowie die persönlichen Voraussetzungen an die Mitglieder (guter Ruf, Gewähr der einwandfreien Geschäftstätigkeit und Offenlegung von Interessenbindungen) und ihre Entschädigung zu regeln (vgl. Art. 61 Abs. 2 Bst. g AHVG).

Im Rahmen der Anpassung der bundesrätlichen Verordnung an die Vorgaben des Bundesgesetzgebers wurde festgehalten, dass die Unabhängigkeit vom Kanton dergestalt zu verstehen ist, dass allfällige Vertreter der Kantonsregierung und der kantonalen Verwaltung nicht die Mehrheit in der Verwaltungskommission stellen dürfen (vgl. Art. 109a der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 31. Oktober 1947, AHVV, SR 831.101). Die Bundesaufsicht, das Risikocontrolling und das Qualitätsmanagement werden zudem durch die neuen Vorgaben der Bundesgesetzgebung gestärkt. Gleiches gilt für die Unabhängigkeit und die Vorschriften bezüglich Gewähr einer einwandfreien Geschäftsführung. Die einzige Veränderung auf der Kostenseite liegt darin, dass die Verwaltungskommission für ihre Tätigkeit angemessen zu entschädigen sein wird. Die Höhe der Entschädigung soll durch den Regierungsrat festgelegt werden.

Die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen (SVASH) löst das bisherige Sozialversicherungsamt Schaffhausen ab, soll aber dieselben vielfältigen Aufgaben wie bisher erfüllen. Sie folgt mit ihren Organisationseinheiten den bisherigen drei Anstalten AHV-Ausgleichskasse, IV-Stelle und Familienausgleichskasse in all ihren Rechten und Pflichten nach. Sie wird entsprechend unverändert alle Aufgaben aus dem Bundesrecht (z. B. AHV, IV, EO, FLG), aber auch sämtliche Pflichten aus Gesetz oder Vereinbarungen mit dem Kanton Schaffhausen weiterführen. Die Familienausgleichskasse wird dabei – aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben (vgl. Art. 17 des Bundesgesetzes über die Familienzulagen [FamZG; SR 836.2]) – der Ausgleichskasse angeschlossen (als Unterorganisationseinheit). Die neue Organisationsstruktur wird es aber dem Kanton oder den Gemeinden zusätzlich ermöglichen, der SVASH weitere Aufgaben übertragen zu können. Sofern die Übertragung an die SVASH erfolgt und nicht an die ihr angeschlossenen Organisationseinheiten der Ausgleichskasse und IV-Stelle Schaffhausen, bedarf es dafür keiner Bewilligung durch den Bund. Der Bundesgesetzgeber will diese Übertragung der Aufgaben weiterhin ausdrücklich ermöglichen (vgl. Art. 63a AHVG). Damit kann die SVASH zu Gunsten der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Gemeinwesen im Kanton Schaffhausen alle bisherigen Aufgaben erfüllen und bei Bedarf künftig auch weitere übernehmen.

Die SVSH wird insofern dem zuständigen Departement des Innern rein administrativ zugewiesen bleiben, als dieses zwar keine eigentlichen Aufsichtsfunktionen mehr wahrnimmt, aber das Berichtswesen und Reporting sowie die Zusammenarbeit im Rahmen der Budgetprozesse bei den übertragenen Aufgaben, der Gesetzgebung und der Beantwortung politischer Vorstösse erhalten bleibt. Denn es ist unbestritten, dass die gute Erfüllung der übertragenen Aufgaben von hoher sozial- und finanzpolitischer Bedeutung für den Kanton ist. Um hier einen effizienten und transparenten Informationsfluss zwischen dem Departement des Innern und der SVASH zu gewährleisten, werden die entsprechenden Vorgaben im kantonalen Recht bzw. in zusätzlichen Verwaltungsvereinbarungen zu regeln sein. Die Verwaltungskommission hat zudem für den erforderlichen Austausch mit dem zuständigen Departement besorgt zu sein. Somit können der regelmässige Austausch, der Inhalt des Berichtswesens, das Liquiditätsmanagement der übertragenen Aufgaben sowie die Grundsätze für die Vergütung der Aufgaben geregelt werden. Damit wird gleichermassen erreicht, dass das zuständige Departement zuhanden des Regierungs- und Kantonsrates alle Informationen erhält, die für den kantonalen Finanzhaushalt und die politische Steuerung der übertragenen Aufgaben wesentlich sind.

Art. 61 Abs. 1^{bis} AHVG gesteht dem Kanton ein Wahlrecht zu. Der Kanton Schaffhausen kann darüber befinden, ob er eine Sozialversicherungsanstalt als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt gründet, die der kantonalen Ausgleichskasse und der kantonalen IV-Stelle organisatorisch übergeordnet ist, oder ob er auf die Gründung einer Sozialversicherungsanstalt verzichtet. In letzterem Fall müssen die kantonale Ausgleichskasse und die kantonale IV-Stelle je als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt errichtet werden. Die neu zu gründende Verwaltungskommission wird oberstes Organ der Ausgleichskasse, der IV-Stelle und gemäss Art. 17 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG; SR 832.2) i.V. mit Art. 4 des kantonalen Gesetzes über Familien- und Sozialzulagen (FSG; SHR 836.100) auch der kantonalen Familienausgleichskasse sein. Mit der

Schaffung einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Sozialversicherungsanstalt müsste die Verwaltungskommission nur dieser übergeordnet werden, wodurch sie ihre Leitungsaufgaben einheitlich wahrnehmen könnte. Bei einem Verzicht auf die Gründung einer Sozialversicherungsanstalt fungiert die Verwaltungskommission dennoch als oberstes Organ der Ausgleichskasse, IV-Stelle und Familienausgleichskasse. Sie hat ihre Leitungsaufgaben in diesem Fall jeweils einzeln für die drei erwähnten Anstalten zu regeln.

2. Erwägungen des Regierungsrates

Wie aufgezeigt wurde, bringt die Gründung einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt (SVASH) und die Auflösung der bislang existierenden drei selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten die grössten Vorteile.

Unabhängig vom kantonalen Entscheid hinsichtlich selbständig öffentlich-rechtlicher Anstalt wird der Kanton Schaffhausen eine Verwaltungskommission errichten müssen. Die Kompetenz zur Regelung ihrer Grösse, Zusammensetzung (dazu einschränkend Art. 109a AHVV], wonach Kantonsvertreter nicht die Mehrheit stellen dürfen) und Zuständigkeiten hat der Bundesgesetzgeber in Art. 61 Abs. 2 lit. g AHVG an den Kanton delegiert.

Diese und weitere Änderungen führen dazu, dass die Vorteile einer Totalrevision des aktuellen EG AHV/IV der Nachteile einer blossen Teilrevision überwiegen. Bei einer Teilrevision könnten wichtige Anpassungen thematisch nicht klar von bereits bestehenden Regelungen getrennt werden. Dies würde in einem schwer leserlichen und unstrukturierten Gesetzeswerk münden. Der Regierungsrat hat sich deshalb entschieden, dem Kantonsparlament eine Totalrevision des EG AHV/IV vorzulegen.

3. Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln

Um den Vergleich zum aktuellen EG AHV/IV zu erleichtern, liegt diesem Bericht und Antrag eine synoptische Darstellung vom bisherigen zum neuen Gesetz bei. Im Folgenden wird – soweit erforderlich – auf die einzelnen Artikel eingegangen.

Art. 1 Name, Rechtsform, Sitz

Der Kanton Schaffhausen hat die kantonale Ausgleichskasse und die kantonale IV-Stelle im geltenden Art. 1 Abs. 1 sowie die kantonale Familienausgleichskasse gemäss Art. 4 Abs. 1 FSG als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten errichtet. Die bisherigen Art. 61 Abs. 1 AHVG und Art. 54 Abs. 2 IVG gaben vor, dass eine entsprechende selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt auf Kantonsebene errichtet werden muss. Art. 61 Abs. 1^{bis} AHVG sieht nun davon eine Ausnahme vor. Im Zuge der Revision des AHVG wurde auch das IVG punktuell angepasst. Dabei wird unter anderem für die IV-Stelle gestützt auf Art. 54 Abs. 3^{bis} IVG die Möglichkeit geschaffen, die eigene Rechtspersönlichkeit abzugeben. Voraussetzung dafür ist, dass das BSV die Aufsicht über die IV-Stelle nach Art. 64a IVG uneingeschränkt wahrnehmen kann und die Kostenvergütung an die IV-Stelle gemäss Art. 67 IVG erfolgt. Der Bundesgesetzgeber hat für die kantonale Familienausgleichskasse keine

Verpflichtung zur Errichtung einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt statuiert. Es steht somit im Ermessen des kantonalen Gesetzgebers, die Rechtsform dieser drei Stellen zu bestimmen. Die Auflösung der bislang existierenden selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und die Gründung einer, diesen drei Stellen übergeordneten, selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt in Form einer SVA bringt diverse Vorteile.

Aktuell sind die drei bestehenden Anstalten in einem Amt mit dem Namen «Sozialversicherungsamt Schaffhausen» zusammengefasst. Das Sozialversicherungsamt verfügt über keine eigene Rechtspersönlichkeit und kann gegen aussen nicht als Rechtssubjekt auftreten. Rechtsgeschäfte werden deshalb bislang vorwiegend von der AHV-Ausgleichskasse oder der IV-Stelle abgeschlossen. Durch die Schaffung einer Sozialversicherungsanstalt im Sinne von Art. 61 Abs. 1^{bis} AHVG und der Auflösung der Rechtspersönlichkeit der drei bisherigen Anstalten würden sich solche Rechtsgeschäfte künftig vereinfachen, da die SVASH im Namen der AHV-Ausgleichskasse, IV-Stelle und Familienausgleichskasse als Vertragspartnerin auftreten könnte. Es müsste somit nicht mehr hinterfragt werden, welche konkrete Anstalt sinnvollerweise Vertragspartnerin des einzelnen Rechtsgeschäfts wäre.

Die Familienausgleichskasse wird dabei – aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben (vgl. Art. 17 des Bundesgesetzes über die Familienzulagen [FamZG; SR 836.2]) – der Ausgleichskasse als Unterorganisationseinheit angeschlossen.

Die neu zu gründende Verwaltungskommission ist oberstes Organ der AHV-Ausgleichskasse, der IV-Stelle und der Familienausgleichskasse. Indem eine einzige Anstalt geschaffen wird und die Verwaltungskommission nur dieser übergeordnet werden muss, kann die Verwaltungskommission ihre Leitungsaufgaben einfacher wahrnehmen. Dadurch sind überdies die juristischen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar geregelt.

Wie bereits erwähnt soll diese Anstalt nicht unter dem bisherigen Namen, sondern neu unter "Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen" (SVASH) auftreten. Da sowohl in der Modernisierung der Aufsicht als auch in den gesetzlichen Grundlagen der Begriff für solche Rechtsformen «Sozialversicherungsanstalt» lautet, soll diese Bezeichnung nun auch im Kanton Schaffhausen verwendet werden. Auch schweizweit ist diese Bezeichnung etabliert.

Die Unabhängigkeit von der kantonalen Verwaltung ist vom Bundesrecht vorgegeben:

Art. 61 Abs. 1^{bis} AHVG: «Die kantonale Ausgleichskasse kann einer kantonalen Sozialversicherungsanstalt angeschlossen sein, sofern diese als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt ausgestaltet ist und über eine vom Kanton unabhängige Verwaltungskommission verfügt.»

Art. 109a AHVV: «In der Verwaltungskommission der kantonalen Sozialversicherungsanstalt dürfen die Vertreter der Kantonsregierung oder der kantonalen Verwaltung nicht die Mehrheit stellen.»

Art. 2 Aufgaben

Die unabhängige Wahrnehmung der bundesrechtlichen Aufgaben durch die Organisationseinheiten der SVASH ergeben sich von Bundesrechts wegen. Aus Effizienzgründen und im Interesse einer reibungslosen Organisation bleiben sie unverändert zur Zusammenarbeit verpflichtet, wobei sich diese Pflicht nun auch bereits aus der Organisationsstruktur innerhalb der gleichen Anstalt ergibt.

Gemäss dem zweiten Absatz können der Kanton oder weitere Gemeinwesen bzw. Träger öffentlicher Aufgaben der SVASH weitere sachverwandte Aufgaben übertragen. Mit der Schaffung einer SVA als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt erhält der Kanton demnach eine zusätzliche Flexibilität bei der Aufgabenübertragung. Bei einer solchen an die Ausgleichskasse oder IV-Stelle ist eine vorgängige Bundesgenehmigung für die Übertragung erforderlich (vgl. Art. 63a AHVG). Auch besteht mit Art. 130 ff. AHVV eine bundesrechtliche Auflistung von Aufgabenfeldern, die der Ausgleichskasse übertragen werden können. Wird jedoch etwa vom Kanton eine zusätzliche Aufgabe an die SVASH (und nicht die Organisationseinheiten Ausgleichskasse und IV-Stelle) übertragen, so bedarf es dafür grundsätzlich keiner Genehmigung durch den Bund. Die Übertragung ist nur dann durch den Bund genehmigungspflichtig, wenn sie auf die Ausgleichskasse und analog auf die IV-Stelle erfolgt, weil diesfalls zu prüfen ist, ob die zu übertragende Aufgabe die ordnungsgemässe Durchführung der AHV und IV beeinträchtigt. Da der Bund vorbehältlich anderslautender Spezialbestimmungen seine weiteren Aufgaben immer auf die Ausgleichskasse überträgt und nicht auf die SVA und er demnach diese Unterscheidung ebenfalls explizit vornimmt, muss sich aus Art. 63a AHVG ergeben, dass der Kanton bei einer Übertragung weiterer Aufgaben auf die SVA keiner Bewilligung bedarf. Die übertragenen Aufgaben (Arbeitslosenkasse, Arbeitslosenhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligung) sind heute der AHV-Ausgleichskasse übertragen. Die Prozesse haben sich bewährt, die Rechnungskreise (Buchhaltung) sind eingerichtet, die Geldflüsse etabliert. Eine Übertragung dieser Aufgaben an die SVASH ist daher nicht angezeigt.

Art. 3 Organe

Abs. 1 lit. a: Da die Verwaltungskommission das oberste Organ ist, wird sie in lit. a aufgelistet. Der bisherige lit. a wird überarbeitet in lit. b festgehalten.

lit. b: Der bisherige lit. b. wird aufgehoben. Der Bund sieht in Art. 65 Abs. 2 AHVG keine Verpflichtung mehr zur Führung von Gemeindegewerbestellen vor. Es steht den Ausgleichskassen frei, Gewerbestellen zu errichten. Die Gemeindegewerbestellen werden demnach kein Organ mehr sein (zu den Gemeindegewerbestellen siehe weiter unten). Neu wird in lit. b die Geschäftsleitung – und nicht mehr einzig die Leiterin oder der Leiter wie aktuell unter lit. a – aufgeführt sein.

lit. c: Diese Bestimmung wird unverändert bestehen bleiben. Die Verwaltungskommission wird die externe Revisionsstelle gemäss Art. 7 lit. e wählen.

Art. 4 Aufsicht

Die Aufgaben der Verwaltungskommission, welche die bisherige kantonale Aufsichtsbehörde ablöst, sind neu in Art. 7 geregelt.

Art. 5 Verwaltungskommission

Im Sinne einer schlanken und effizienten Aufsicht soll die Verwaltungskommission neben dem Präsidium vier Mitglieder umfassen.

Die Entschädigung der Mitglieder der Verwaltungskommission wird durch den Regierungsrat festgelegt

Art. 6 Wahl der Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission soll nicht politisch zusammengesetzt sein. Die Mitglieder sollen aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Affinität zu Sozialversicherungsthemen gewählt werden. Das Wahlgremium ist deshalb der Regierungsrat.

Um einen Mix zwischen Kontinuität und neuen Inputs zu gewährleisten, soll die Amtszeit beschränkt sein (max. 12 Jahre). Gleichzeitig soll auch eine Alterslimite von 70 Jahren eingeführt werden.

Die Bestimmung in Absatz 2 orientiert sich am Bundesrecht (siehe auch Erläuterungen unter Ziff. 1).

Art. 7 Aufgaben der Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission ist neu das oberste und strategische Organ der SVASH. Sie besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten und vier weiteren Mitgliedern. Sie übt namentlich die Aufsicht über die Anstalt und die Geschäftsleitung aus, soweit diese nicht der Bundesaufsicht unterstehen; sie ist Anstellungsbehörde für den Vorsitzenden und die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung, sie wählt die Revisionsstelle und kann diese damit auch abberufen. Die Verwaltungskommission erlässt die erforderlichen Reglemente, zudem genehmigt sie die Vereinbarungen bei übertragenen Aufgaben mit den Auftraggebern. Sie regelt die Höhe der Verwaltungskostenbeiträge der Mitglieder an die Ausgleichskasse nach Art. 69 AHVG und legt die Beitragssätze der Familienausgleichskasse fest.

Im Sinne der bundesrechtlichen Vorgaben wird die Verwaltungskommission die Aufgaben übernehmen, die bisher dem Kanton (Regierungsrat oder Departement) zufielen und aufgrund der Unabhängigkeit vom Kanton nicht mehr von ihm erfüllt werden können. Darüber hinaus werden der Verwaltungskommission Aufgaben im Rahmen der ihr zukommenden administrativen und personellen Aufsicht zugewiesen. Die aufgelisteten Aufgaben sind selbsterklärend.

Art. 8 Geschäftsleitung

Bisher ist im Gesetz nur von der Leitung die Rede. Gemeint ist eine einzelne Person, welche die Ausgleichskasse und IV-Stelle in Personalunion führt. Neu ist dafür die Geschäftsleiterin, der Geschäftsleiter zusammen mit den weiteren Mitgliedern der Geschäftsleitung zuständig.

Die Bestimmung über die Voraussetzungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung ist eine Vollzugsbestimmung von Art. 66a AHVG i.V. mit Art. 132septies und 132octies AHVV.

Art. 9 Personal

Die SVASH ist eine vom Kanton unabhängige selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Die Aufsicht wird einerseits vom Bund und andererseits durch die Verwaltungskommission wahrgenommen. Es besteht keine Notwendigkeit mehr, das kantonale Personalrecht zur Anwendung zu bringen. Im Gegenteil, dadurch würde eine personalrechtliche Abhängigkeit zum Kanton geschaffen. Der Kanton würde - wie heute - die Funktionen der Mitarbeitenden einem Lohnband zuweisen und damit über deren Lohn entscheiden. Auch die jährliche Lohnerhöhung würde vom Kantonsrat via Kantonsbudget bestimmt. Wie bei der kantonalen Pensionskasse Schaffhausen soll auch das Personal des SVASH privatrechtlich angestellt werden. Die Verwaltungskommission soll ein umfassendes Personalreglement schaffen. Auch die versicherungsmässige Unterstellung unter die kantonale Pensionskasse soll nicht mehr zwingend vorgeschrieben sein.

Aufhebung des bisherigen Art. 7 Zweigstellen

Der Bund sieht in Art. 65 Abs. 2 AHVG keine Verpflichtung mehr zur Führung von Gemeindezweigstellen vor. Es steht den Ausgleichskassen frei, Zweigstellen zu errichten.

Die AHV-Gemeindezweigstellen im Kanton Schaffhausen haben seit vielen Jahren nur noch eine marginale Bedeutung. In unserem kleinräumigen Kanton, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall wohnt, ergeben Gemeindezweigstellen in der heutigen Zeit keinen Sinn mehr. Die Aufwände können reduziert werden, indem die Administration zwischen der Ausgleichskasse und den Zweigstellen wegfällt. Die Leiterinnen und Leiter der Zweigstellen können in den meisten Fällen keine fachlichen Auskünfte über die Beiträge oder Leistungen der AHV erteilen und verweisen ihre Einwohnerinnen und Einwohner richtigerweise an die Ausgleichskasse. Formulare und Merkblätter stehen der Bevölkerung digital zur Verfügung oder können bei der kantonalen Ausgleichskasse telefonisch angefordert werden. Mit der Aufhebung der Gemeindezweigstellen stehen die Gemeinden auch nicht mehr in der Pflicht, eine Dienstleistung anzubieten, die sie im Grunde genommen gar nicht wahrnehmen können. Die Führung der Zweigstelle Schaffhausen wurde im Übrigen schon vor Jahrzehnten an die Ausgleichskasse delegiert. Die Gemeindezweigstellen sollen deshalb im Rahmen dieser Gesetzesrevision aufgehoben werden. Für ihren Aufwand erhielten die Gemeinden (ohne Stadt Schaffhausen) im Jahr 2023 eine Entschädigung durch die kantonale Ausgleichskasse von insgesamt CHF 55'290.—. Die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden durch den Wegfall der AHV-Zweigstelle sind daher vernachlässigbar.

Würde man an den Zweigstellen festhalten, müsste der Kanton gestützt auf Art. 115 Abs. 1 AHVV die Haftung für Schäden, welche von Funktionären der Gemeinde verschuldet werden, übernehmen. Auch vor diesem Hintergrund macht ein Festhalten an einer Angebotsstruktur, die für unseren kleinräumigen Kanton weder zeitgemäss noch dem Bedürfnis einer Mehrheit der Bevölkerung entspricht, keinen Sinn.

Aufgaben, welche die Gemeinden im Rahmen der Abklärungen für den Anspruch auf Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligung oder ähnlichen Leistungen, durchführen, sind von dieser Massnahme nicht betroffen.

4. Änderung anderer Erlasse

Als Folge der Totalrevision des EG AHV/IV müssen die nachfolgenden kantonalen Erlasse angepasst werden:

- Organisationsverordnung (SHR 172.101)
- Vereinbarung zwischen dem Kanton Schaffhausen und der Einwohnergemeinde Schaffhausen betreffend die Delegation der AHV-Zweigstelle an den Kanton (SHR 831.111)
- Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (SHR 831.300)
- Verordnung über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (SHR 831.301)
- Gesetz über Familien- und Sozialzulagen (SHR 836.100)
- Verordnung zum Gesetz über Familien- und Sozialzulagen (SHR 836.101)
- Arbeitslosenhilfegesetz (SHR 837.100)
- Verordnung zum Arbeitslosenhilfegesetz (SHR 837.101)

Hauptsächlich geht es bei den Änderungen um begriffliche Anpassungen. Zudem werden die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Verwaltungskommission der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen, des Regierungsrates und des Departementes des Innern geregelt.

Im Gesetz über die Familien- und Sozialzulagen wird der kantonalen Familienausgleichskasse das Statut der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt entzogen. Sie ist neu eine Organisationseinheit der selbständigen öffentlich-rechtlichen Sozialversicherungsanstalt.

Schliesslich wird die Vereinbarung zwischen dem Kanton Schaffhausen und der Stadt Schaffhausen über die Delegation der AHV-Zweigstelle aufgehoben. Diese Vereinbarung wird mit der Aufhebung der AHV-Zweigstellen obsolet.

5. **Finanzielle Auswirkungen**

Die einzige Veränderung der vorliegenden Totalrevision, die Kostenfolgen nach sich zieht, ist die Einsetzung der vom Kanton unabhängigen Verwaltungskommission als Aufsichtsorgan bzw. die angemessene Entschädigung von deren Mitgliedern. Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat die Kompetenz erhält, die Entschädigung der Verwaltungskommission festzulegen. Diese Kosten fallen als Teil der Verwaltungskosten der SVASH an und sind somit auch als solche zu behandeln. Da der Kanton heute schon anteilmässig Verwaltungskosten aus dem Betrieb der AHV-Ausgleichskasse und Familienausgleichskasse trägt, wird er auch die Kosten für die Verwaltungskommission anteilmässig mittragen müssen. Allerdings handelt es sich dabei für alle Beteiligten um einen relativ bescheidenen und anteilmässig am gesamten Geschäftsvolumen ohnehin geringen Kostenpunkt.

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und den im Anhang beigefügten Gesetzesänderungen zuzustimmen.

Schaffhausen, 17. Dezember 2024

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Patrick Strasser

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Anhang:

Totalrevision des Einführungsgesetzes zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung

Arbeitsversion

**Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen
über die AHV und IV**

Vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SHR Nummern)

Neu: **831.100**

Geändert: 831.300 | 836.100 | 837.100

Aufgehoben: 831.100 | 831.111

Der Kantonsrat Schaffhausen,

in Ausführung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) vom 20. Dezember 1946¹⁾ und des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) vom 19. Juni 1959²⁾,

beschliesst:

I.

Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung³⁾ wird als neuer Erlass publiziert.

1 Organisation

Art. 1 Name, Rechtsform, Sitz

¹⁾ Unter dem Namen Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen besteht eine von der kantonalen Verwaltung unabhängige selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Schaffhausen mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Schaffhausen.

¹⁾ SR [831.10](#).

²⁾ SR [831.20](#).

³⁾ SHR [831.100](#)

² Die Ausgleichskasse des Kantons Schaffhausen für die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV-Ausgleichskasse) und die Invalidenversicherungsstelle des Kantons Schaffhausen (IV-Stelle) sind der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen angeschlossen und bilden innerhalb dieser je eine eigene Organisationseinheit. Der AHV-Ausgleichskasse ist zusätzlich die Familienausgleichskasse des Kantons Schaffhausen als Unterorganisationseinheit angeschlossen.

Art. 2 Aufgaben

¹ Die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen und ihre Organisationseinheiten vollziehen alle Aufgaben, die ihnen durch Bundesrecht und das kantonale Recht übertragen werden. Die Organisationseinheiten der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen nehmen die bundesrechtlichen Aufgaben unabhängig voneinander wahr. Sie sind aber zur Zusammenarbeit verpflichtet.

² Der Kanton kann mit Genehmigung der zuständigen Bundesbehörde der Ausgleichskasse Schaffhausen und der IV-Stelle Schaffhausen weitere sachverwandte Aufgaben übertragen. Der Kanton und andere Träger öffentlicher Aufgaben können zudem der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen weitere sachverwandte Aufgaben übertragen.

³ Der Regierungsrat kann für den Kanton entsprechende Vereinbarungen mit der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen abschliessen.

Art. 3 Organe

¹ Die Organe der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen sind:

- a) die Verwaltungskommission
- b) die Geschäftsleitung
- c) die externe Revisionsstelle

Art. 4 Aufsicht

¹ Die Aufsicht über die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen und ihre Organisationseinheiten richtet sich nach dem Bundesrecht.

² In Verwaltungsangelegenheiten und bei der Erfüllung von Aufgaben, die ihnen der Kanton nach Art. 2 Abs. 2 und 3 übertragen hat, unterstehen sie der Aufsicht der Verwaltungskommission und den Vorgaben gemäss Art. 7, soweit die Aufsicht nicht dem Bund zusteht.

Art. 5 Verwaltungskommission

¹ Die Verwaltungskommission ist das oberste Organ der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen.

² Die Verwaltungskommission besteht aus:

- a) der Präsidentin oder dem Präsidenten
- b) vier weiteren Kommissionsmitgliedern

³ Der Regierungsrat legt die Entschädigung der Mitglieder der Verwaltungskommission fest.

Art. 6 Wahl der Verwaltungskommission

¹ Der Regierungsrat wählt für eine Amtsdauer von vier Jahren die Präsidentin oder den Präsidenten und die vier weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission. Die Wiederwahl ist zweimal zulässig.

² In der Verwaltungskommission dürfen die Vertreter der Kantonsregierung, des Kantonsrates oder der kantonalen Verwaltung nicht die Mehrheit und nicht die Präsidentin oder den Präsidenten stellen.

³ Als Mitglied der Verwaltungskommission sind Personen bis zum vollendeten 70. Altersjahr wählbar. Bestehende Mitglieder scheiden mit Vollendung des 70. Altersjahres aus der Verwaltungskommission aus.

⁴ Die Mitglieder der Verwaltungskommission verfügen gemäss Art. 66a AHVG⁴⁾ über einen guten Ruf, bieten Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit und legen ihre Interessenbindungen offen.

⁵ Der Regierungsrat sorgt für die Einhaltung der Vorgaben über die einwandfreie Geschäftsführung gemäss Art. 132^{septies} AHVV⁵⁾. Er dokumentiert die vorgenommenen Prüfungen.

Art. 7 Aufgaben der Verwaltungskommission

¹ Der Verwaltungskommission obliegen folgende Aufgaben:

- a) Wahl der Geschäftsleiterin oder des Geschäftsleiters der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen
- b) Wahl der Mitglieder der Geschäftsleitung der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen auf Antrag der Geschäftsleiterin oder des Geschäftsleiters

⁴⁾ SR [831.10](#).

⁵⁾ SR [831.101](#).

- c) Wahl der Stellvertreterin oder des Stellvertreters der Geschäftsleiterin oder des Geschäftsleiters auf Antrag der Geschäftsleiterin oder des Geschäftsleiters
- d) Aufsicht über die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen und die Geschäftsleitung, soweit diese nicht der Bundesaufsicht unterstehen
- e) Wahl der externen Revisionsstelle nach Art. 3 Abs. 1 lit. c und Kenntnisnahme von deren Berichten
- f) Genehmigung der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes, soweit nicht der Bund zuständig ist
- g) Genehmigung des Leitbildes und der Strategie
- h) Erlass eines Organisationsreglementes, eines Personalreglementes und eines Anlagereglementes
- i) Genehmigung der Übertragung weiterer Aufgaben an die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen
- j) Festlegung der Höhe der Verwaltungskostenbeiträge an die AHV-Ausgleichskasse
- k) Festlegung des Beitragssatzes an die kantonale Familienausgleichskasse für die Beiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Selbständigerwerbenden sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht beitragspflichtiger Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber
- l) Jährliche Genehmigung der Risikoliste, des Umsetzungsstandes des Qualitätsmanagementsystems und des internen Kontrollsystems sowie Anordnung von Massnahmen im Bedarfsfall
- m) Überprüfung des guten Rufes und Gewährleistung der einwandfreien Geschäftstätigkeit alle fünf Jahre sowie jährliche Offenlegung der Interessenbindungen der von ihr gewählten Personen

Art. 8 Geschäftsleitung

¹ Die Geschäftsleiterin oder der Geschäftsleiter der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen führt in Personalunion die AHV-Ausgleichskasse und die IV-Stelle.

² Die Geschäftsleiterin oder der Geschäftsleiter der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen gewährleistet die gesetzeskonforme Erfüllung der Aufgaben, vertritt die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen nach aussen, verkehrt direkt mit den Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden, den Durchführungs- und Spezialstellen sowie den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und den Versicherten.

³ Die Geschäftsleitung setzt sich zusammen aus der Geschäftsleiterin oder dem Geschäftsleiter der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen (Vorsitz), der Bereichsleiterin oder dem Bereichsleiter der AHV-Ausgleichskasse, der Bereichsleiterin oder dem Bereichsleiter der IV-Stelle und den weiteren von der Verwaltungskommission im Organisationsreglement zu bestimmenden Mitgliedern.

⁴ Die Mitglieder der Geschäftsleitung müssen einen guten Ruf geniessen, Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit bieten und ihre Interessenbindungen vor der Wahl und während der Ausübung des Amts jederzeit und vollständig offenlegen. Die Verwaltungskommission prüft die Interessenbindungen jährlich, die Einhaltung der Vorschriften bezüglich Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit regelmässig, mindestens aber alle vier Jahre.

⁵ Die Geschäftsleitung erfüllt alle Aufgaben, die keinem anderen Organ vorbehalten sind.

⁶ Die Geschäftsleitung kann Vollzugsaufgaben delegieren.

Art. 9 Personal

¹ Das Anstellungsverhältnis der Geschäftsleitung und des Personals untersteht dem Privatrecht und richtet sich nach dem Personalreglement nach Art. 7 Abs. 1 lit. h.

² Das nicht gemäss Art. 7 Abs. 1 lit. a, b und c gewählte Personal wird durch die Geschäftsleiterin oder den Geschäftsleiter auf Antrag des betreffenden Mitglieds der Geschäftsleitung angestellt bzw. gewählt.

³ Die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen kann ihr Personal im Bereich der beruflichen Vorsorge bei der Pensionskasse Schaffhausen versichern.

Art. 10 Revisionsstellen

¹ Die Revisionsstelle nach Art. 3 Abs. 1 lit. c arbeitet nach den Vorgaben des Bundes und erstattet schriftlich Bericht.

² Die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen führt Arbeitgeberkontrollen nach Art. 68b AHVG durch. Sie kann auch externe Stellen beauftragen, welche die Voraussetzungen nach Art. 68 AHVG erfüllen.

2 Haftung und Finanzierung**Art. 11** Haftung

¹ Die Haftung für Schäden, die aus der bundesrechtlichen Tätigkeit der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen entstehen, richtet sich nach dem Bundesrecht.

² Wird der Kanton vom Bund für Schäden nach Abs. 1 haftbar gemacht, so steht ihm das Rückgriffsrecht nach den Vorschriften des kantonalen Haftungsgesetzes⁶⁾ auf Angestellte der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen zu.

³ Haftung und Verantwortlichkeit für Schäden, die in Erfüllung von übertragenen Aufgaben nach Art. 2 Abs. 2 entstehen, richten sich nach dem kantonalen Haftungsgesetz.

Art. 12 Verwaltungskosten

¹ Zur Deckung der Verwaltungskosten erhebt die AHV-Ausgleichskasse von den ihr angeschlossenen und gemäss AHVG beitragspflichtigen Mitgliedern Verwaltungskostenbeiträge, deren Höhe von der Verwaltungskommission im Rahmen von Art. 69 AHVG festgelegt wird.

² Die Verwaltungskosten der Aufgaben der IV-Stelle trägt die eidgenössische Invalidenversicherung im Rahmen von Art. 67 IVG⁷⁾.

³ Zur Deckung der Verwaltungskosten erhebt die kantonale Familienausgleichskasse von den ihr angeschlossenen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern Selbständigerwerbenden sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht beitragspflichtiger Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Verwaltungskostenbeiträge, deren Höhe von der Verwaltungskommission festgelegt wird und die im Beitragssatz enthalten sind.

⁴ Die Verwaltungskosten im Bereich der übertragenen Aufgaben werden durch in der entsprechenden Vereinbarung festgelegte Beiträge des Kantons, der Gemeinden oder Dritter gedeckt.

⁵ Bei der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen angefallene Kosten, die weder der AHV-Ausgleichskasse, der IV-Stelle noch den übertragenen Aufgaben zugeordnet werden können, werden vom Kanton getragen.

⁶⁾ SHR 170.300.

⁷⁾ SR [831.20](#).

Art. 13 Übertragene Aufgaben

¹ Der Vollzug der vom Kanton oder Dritter nach Art. 2 Abs. 2 dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben sowie insbesondere deren Revision und Berichtswesen werden im Gesetz oder in Vereinbarungen zwischen dem Auftraggeber und der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen geregelt.

Art. 14 Beitragserlass

¹ Als zuständige Stelle, die vor Erlass des Mindestbeitrages zu Lasten des Kantons gemäss Art. 11 Abs. 2 AHVG anzuhören ist, wird die AHV-Ausgleichskasse bezeichnet.

² An die vom Kanton an Stelle der Versicherten zu entrichtenden Beiträge haben die Wohnsitzgemeinden die Hälfte zu entrichten.

3 Rechtsschutz

Art. 15 Rechtspflege

¹ Kantonale Beschwerdeinstanz gegen Verfügungen und Einspracheentscheide der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen, die in Anwendung des Bundesrechts getroffen werden, ist das Obergericht (Art. 36a Verwaltungsrechtspflegegesetz⁸⁾).

² Streitigkeiten gemäss Art. 27^{bis} IVG entscheidet das Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (Art. 36a Verwaltungsrechtspflegegesetz).

4 Übergangsbestimmungen

Art. 16 Übergangsbestimmungen

¹ Mit der Inkraftsetzung dieses Gesetzes verlieren die bisherigen Anstalten kantonale AHV-Ausgleichskasse Schaffhausen, kantonale IV-Stelle Schaffhausen und kantonale Familienausgleichskasse Schaffhausen ihre Rechtspersönlichkeit. Zum gleichen Zeitpunkt erlangt die Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen eigene Rechtspersönlichkeit und übernimmt alle Rechte und Pflichten der bisherigen Anstalten.

⁸⁾ SHR 172.200.

² Alle zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Regelung bestehenden Vermögenswerte der AHV-Ausgleichskasse und der kantonalen Familienausgleichskasse verbleiben zweckgebunden bei diesen Organisationseinheiten.

II.

1.

Der Erlass SHR [831.300](#) (Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV vom 4. Juni 2007) (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 7 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2** (geändert)

Gemeinden (Überschrift geändert)

¹ Die Gemeinden wirken bei der Durchführung dieses Gesetzes mit.

² Der Regierungsrat bestimmt die Aufgaben der Gemeinden.

Art. 8 Abs. 1 (geändert)

¹ Kantonale Aufsichtsbehörde ist die Verwaltungskommission der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen soweit nicht der Regierungsrat oder das von ihm als zuständig bezeichnete Departement oder die Aufsichtsbehörde des Bundes gemäss Art. 28 des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung zuständig ist.

2.

Der Erlass SHR [836.100](#) (Gesetz über Familien- und Sozialzulagen (FSG) vom 22. September 2008) (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 4 Abs. 1 (geändert)

¹ Die kantonale Familienausgleichskasse ist eine Unterorganisationseinheit der AHV-Ausgleichskasse.

Art. 5 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2** (geändert), **Abs. 3** (geändert), **Abs. 4** (neu)

¹ Kantonale Aufsichtsbehörde ist die Verwaltungskommission der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen soweit nicht der Regierungsrat oder das von ihm als zuständig bezeichnete Departement zuständig ist.

² Der Verwaltungskommission obliegt:

- c) (geändert) die Genehmigung von Jahresrechnung und Jahresbericht der kantonalen Familienausgleichskasse
- d) (neu) die Behandlung von Aufsichtsbeschwerden

³ Dem Regierungsrat obliegt der Erlass der notwendigen Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes.

- a) *Aufgehoben.*
- b) *Aufgehoben.*
- c) *Aufgehoben.*

⁴ Dem zuständigen Departement obliegt die Vereinbarung mit der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen über die Deckung der Verwaltungskosten.

Art. 6 Abs. 3 (geändert)

³ Das zuständige Departement vereinbart mit der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen die Art und Weise der Abrechnung über die Verwaltungskosten.

3.

Der Erlass SHR [837.100](#) (Arbeitslosenhilfegesetz (AHG) vom 17. Februar 1997) (Stand 31. Dezember 2019) wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2** (geändert), **Abs. 3** (neu), **Abs. 4** (neu)

¹ Kantonale Aufsichtsbehörde ist die Verwaltungskommission der Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen soweit nicht der Regierungsrat oder das von ihm als zuständig bezeichnete Departement zuständig ist.

² Der Verwaltungskommission obliegt die Behandlung von Aufsichtsbeschwerden, welche nicht in die Zuständigkeit der Bundesbehörden fallen.

- a) *Aufgehoben.*
- b) *Aufgehoben.*
- c) *Aufgehoben.*
- d) *Aufgehoben.*
- e) *Aufgehoben.*
- f) *Aufgehoben.*
- g) *Aufgehoben.*

³ Dem Regierungsrat obliegt:

- a) die Festlegung des Satzes für die Beiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemäss Art. 17 Abs. 1 lit. d
- b) die Bestimmung über die Verwendung des Vermögens gemäss Art. 19
- c) der Erlass der notwendigen Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes

⁴ Dem zuständigen Departement obliegt:

- a) die Vereinbarung mit den Sozialversicherungsanstalt Schaffhausen über die Deckung der Verwaltungskosten

III.

1.

Der Erlass SHR [831.100](#) (Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und über die Invalidenversicherung vom 11. April 1994) wird aufgehoben.

2.

Der Erlass SHR [831.111](#) (Vereinbarung zwischen dem Kanton Schaffhausen und der Einwohnergemeinde Schaffhausen betreffend die Delegation der AHV-Zweigstelle an den Kanton vom 2. November 1982) wird aufgehoben.

IV.

Genehmigungsvorbehalt

Dieses Gesetz bedarf der Genehmigung des Bundes.

Referendum

Dieses Gesetz untersteht dem Referendum.

Inkrafttreten

Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

Publikation

Das Gesetz ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

Schaffhausen, ...

Im Namen des Kantonsrates

Der Präsident:
Erich Schudel

Der Sekretär:
Luzian Kohlberg